

Antrag der Fraktion der CDU**Bau des Tunnels Cherbourger Straße jetzt realisieren**

Die Häfen im Land Bremen tragen mit einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt von rund 30 % wesentlich zur Wirtschaftskraft und damit zum Wohlstand in unserem Bundesland bei. Die Häfen üben als Schnittstelle in den internationalen Transportketten eine wichtige Rolle für die Anbindung des Industrie- und Exportstandorts Deutschland an den Weltmarkt aus. Ungeachtet des deutlichen Einbruchs der Wirtschaftsverkehre seit Ende des Jahres 2008 wird nach der Verkehrsprognose der Bundesregierung die Güterverkehrsleistung über alle Verkehrsträger bis zum Jahr 2025 gegenüber dem Jahr 2004 um rund 70 % zunehmen. Für den Seehafenhinterlandverkehr wird eine Steigerung um rund 130 % erwartet. Der Containerverkehr wird sich bei Transportaufkommen und -leistung sogar nahezu verdreifachen. Die Verkehrsprognose 2025 erklärt Hamburg und Bremen zu den Bundesländern, in denen der Güterverkehr am stärksten wachsen wird. Um als internationaler Hafenstandort wettbewerbsfähig zu bleiben, muss Bremen seine Verkehrs- und Hafeninfrastruktur an diesen Erfordernissen ausrichten.

Im stadtbremischen Überseehafengebiet Bremerhaven mit dem Containerterminal und der Columbuskaje erfolgt der Großteil des bremischen Hafenumschlages, insbesondere für Container und Automobile. Das Überseehafengebiet ist über das angrenzende Industriegebiet LogInPort und die Cherbourger Straße an die Bundesautobahn A 27 angebunden. Aufgrund des auch in Zukunft stark expandierenden Hafenumschlages steigen die innerstädtischen Verkehrsbelastungen insbesondere im Bereich der Cherbourger Straße weiter an. An den Knotenpunkten kommt es bereits heute zu teilweise deutlichen Verkehrsengpässen und gravierenden Emissionsbelastungen. Um die Bürgerinnen und Bürger im nördlichen Teil Bremerhavens davon zu entlasten und das Überseehafengebiet besser an die überregionalen Verkehrsachsen anzubinden, ist der Bau eines Hafentunnels im Bereich der Cherbourger Straße daher dringend erforderlich.

Der Senat und der Magistrat der Stadt Bremerhaven haben sich bezüglich dieses zentralen Verkehrsvorhabens auf einen zweistreifigen Straßentunnel mit Standstreifen (sogenannte Variante 3.2+E) als Vorzugsvariante festgelegt. Der Bund hat zugesagt, von den veranschlagten Gesamtkosten des Bauprojekts in Höhe von 160 Mio. € einen Finanzierungsanteil von 120 Mio. € nach Maßgabe des § 5 a Fernstraßengesetz zu übernehmen. Die Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH (DEGES) wurde mit der Planung und Projektsteuerung beauftragt. Um mit dem Bau wie geplant im Jahr 2012 beginnen und diesen im Jahr 2016 fertigstellen zu können, bedarf es umgehend einer Einigung zwischen der Seestadt Bremerhaven, dem Land Bremen sowie der Seeverkehrs- und Logistikwirtschaft zur Finanzierung des bremischen Anteils.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Der Senat wird aufgefordert umgehend ein belastbares Gesamtfinanzierungskonzept für den Hafentunnel Cherbourger Straße vorzulegen und die zugesagten Bundesmittel abzurufen.
2. Der Senat wird aufgefordert sicherzustellen, dass der Magistrat der Stadt Bremerhaven auf Basis der Vorzugsvariante für den Hafentunnel Cherbourger

Straße unmittelbar nach Vorliegen des Gesamtfinanzierungskonzepts ins Planfeststellungsverfahren eintreten kann.

3. Der Senat wird aufgefordert sicherzustellen, dass mit dem Bau des Hafentunnels Cherbourger Straße im Jahr 2012 begonnen wird, damit der Bau wie geplant bis zum Jahr 2016 fertig gestellt werden kann.

Paul Bödeker, Jörg Kastendiek, Dieter Focke, Heiko Strohmann,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU